

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • Nr. 4 • 76. Jg, NOVEMBER 2025

ÖSTERREICHISCHE Post AG • MZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Foto © Vranjic



„Wir machen Wohnen leistbar!“

SP-Bundespartei-
vorsitzender
Andreas Babler
im Interview
Seite 6/7

Europäische Union:

Nachhaltige und soziale Wohn-
politik statt Billiglösungen nötig

Seite 4

Oberösterreich:

Millionen für Wohnbau
bleiben ungenutzt

Seite 8

Sicheres Wohnen:

Frauenhäuser
retten Leben

Seite 11



**HYP
OOE**

Deine Sicherheit? Nehmen wir persönlich.

Langfristig mehr schaffen.
Wir beraten dich und finden die Vorsorge,
die zu dir passt – persönlich.

So weit muss Bank gehen.

**C
CENTRAL**

DEIN EVENT, DEINE BÜHNE, HOSTED BY US.

© Pikekinder.com

Mitten im Herzen von Linz – und dennoch entspannt: Das CENTRAL vereint historische Kinokulisse mit modernster Technik, erstklassiger Akustik und flexibler Ausstattung. Die ideale Bühne für unvergessliche Veranstaltungen.

Alle Infos zu den Veranstaltungen und zur Vermietung finden Sie unter office@centrallinz.at und www.centrallinz.at

Landstraße 36, 4020 Linz, +43 5 7726 1199

PROGRAMMVORSCHAU

29. NOVEMBER, 17:30 UHR: PALOMA DE LA PAZ: FRIEDENSFÄHIG STATT KRIEGSTÜCHTIG

**LIVE SPIRITS 2025:
7. DEZEMBER, 16 UHR**

**14. DEZEMBER, 20 UHR UND
21. DEZEMBER, 16 UHR:** LIVE SPIRITS 2025
SORGEN FÜR STIMMUNGSVOLLE ADVENT-MOMENTE VOLLER SOUL & GEFÜHL –
STIMMUNGSVOLL UND EINIGARTIG.

LIVE SPIRITS 2025

07.12. 14.12. 21.12.
16:00 20:00 16:00



© Fotografie: photoneo.at/Linz/

Ein tierischer Prüfstein für die Glaubwürdigkeit

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Foto © McCormick

Von Anfang Juni 2025 bis Ende September war Emil in Österreich unterwegs. Mehr als 500 Kilometer in Nieder- und Oberösterreich. Es geht hier nochmals um Emil den Elch!

Oder besser gesagt geht es insbesondere um die vom freiheitlichen Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner verfolgte Politik. Am 25. April 2025 – also vor Emils Auftauchen in Österreich – begründete Haimbuchner in den Oberösterreichischen Nachrichten seine Ablehnung von Windrädern, insbesondere im nördlichen Mühlviertel, auch damit, dass es seine Aufgabe als Naturschutzlandesrat sei, auch die Lebensräume von Elchen zu schützen. Von Elchen, die vielleicht einmal nach Oberösterreich kommen sollten. Und Windkraftanlagen würden die Lebensräume von zuziehenden Elchen zerstören. Und was macht Emil dann ein

paar Wochen später? Er kommt nach Österreich und streift monatelang friedlich und entspannt durch Niederösterreich. Obwohl es dort über 800 Windräder gibt!

„Diese Politik muss man intellektuell erst einmal hinkriegen!“

Die Elchlogik der Freiheitlichen

Und dann zieht Emil weiter nach Oberösterreich, das Bundesland, in dem es kaum Windräder gibt, weil die Freiheitlichen sie nicht wollen, eben auch wegen des Lebensraumes für Elche. Und bei uns wird Emil dann betäubt und flott an die Grenze nach

Tschechien gebracht und die Landesverwaltung hofft, dass Emil sich ins Ausland absetzt – was er dann auch macht. In Oberösterreich verhindern Schwarz-Blau Windräder, damit Elche einen Lebensraum haben und kaum taucht ein Elch auf, wird er außer Landes gebracht. Diese Politik muss man intellektuell erst einmal hinkriegen!

- 4 Europäische Union:** Harald Stöger analysiert die Wohnungspolitiken verschiedener EU-Mitgliedstaaten und skizziert nachhaltige und soziale Lösungen.
- 6 Interview:** Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Geschäftsfeld für Abzocker sein, betont Andreas Babler.
- 8 Oberösterreich:** Peter Binder zeigt verpasste Chancen des Landes auf und fordert eine Bauoffensive.
- 10 Junges Wohnen:** Markus Brunner fordert leistbaren Wohnraum für den Auszug aus dem Elternhaus.
- 11 Sicheres Wohnen:** Wie Frauen nach häuslicher Gewalt einen Neuanfang schaffen und welche Rolle leistbares Wohnen spielt, schildert Karin Raab.
- 12 Unterstützung:** Wie die Mietervereinigung Mieter:innen stärkt und für faire Wohnkosten kämpft, erklärt Nicole Hager-Wildenrotter.
- 13 Neues Team:** Personelle Veränderungen prägen derzeit das Renner Institut Oberösterreich - verbunden mit neuen Aufgaben, neuen Gesichtern und viel frischem Elan.

Inhalt



4



6



11



13

Foto © SPÖ-Vienna / Foto © Schöngjörber



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens „Druckerzeugnisse“ Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1 Tel: 07 26 11-16, sylvia.wolkerstorfer@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Nina Andree, Bernd Dobesberger, Manuela Hiesmair, Barbara Hinterleitner, Georg Hubmann, Anna Portenkirchner, Iris Ratzenböck-Höllerl, Lukas Russ, Nicole Trudenberger

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 04/25, November, SPÖ OÖ-Info-Nr. 4/2025, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Preiswertes Wohnen – Welche Strategien sind sinnvoll?

Ein Überblick über Herausforderungen und unterschiedliche Lösungsansätze im europäischen Vergleich.

HARALD STÖGER

Die Wohnung gilt als unersetzliches Gut, verkörpert doch Wohnen ein elementares menschliches Grundbedürfnis. Ein wichtiges Ziel staatlicher Wohnungspolitik ist die Sicherung einer ausreichenden Wohnraumversorgung der Bevölkerung zu leistbaren Kosten. Die konkreten Maßnahmen der Wohnungspolitik sind das Ergebnis von politischen Debatten und Entscheidungen.

Zwischen den Wohnungspolitiken der EU-Staaten existieren seit Jahrzehnten markante Unterschiede. So variiert die Bedeutung des sozialen Wohnbaus als preiswerte Säule der Wohnungsversorgung innerhalb der EU beträchtlich. In Großbritannien spielte der soziale Wohnbau durch Gemeinden in den Jahrzehnten nach 1945 eine überragende Rolle. So entstand ein preiswerter und qualitätsvoller Bestand an Wohnungen, die auch bei den Mittelschichten begehr waren. Seit den 1980er-Jahren wurden zahlreiche gemeindeeigene Wohnungen verkauft, oft an deren Mieter:innen; die verbliebenen Gemeindewohnungen entwickelten sich zu einem - wenig populären - Sicherheitsnetz für Geringverdiener:innen. Gegenwärtig gelten sie als „*poor services for the poor*“.

In Deutschland sind ähnliche Entwicklungen erkennbar. In den 1990er-Jahren setzte ein Abschmelzen der sozialen Wohnungsbestände ein. Als erste deutsche Stadt veräußerte Dresden im Jahr 2006 rund 47.600 Sozialwohnungen aus kommunalem Besitz an einen privaten US-amerikanischen Immobilienfonds. Dresden wurde durch den Wohnungsverkauf auf „einen Schlag“ schuldenfrei; der Wirtschaftsboom der 2010er-Jahre führte zu einem - unerwarteten - Wachstum der Stadt und verschärfe-

den Mangel an preiswerten Wohnungen für Familien und Geringverdiener:innen. Daher beschloss die Dresdner Stadtregierung Anfang 2017 die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft, um wieder eigene Wohnungen zu errichten. Im Jahr 2030 soll die neue Gesellschaft über zumindest 5.000 Wohnungen verfügen. Der im Jahr 2006 erfolgte Wohnungsverkauf gilt heute als schwerer stadtpolitischer Fehler.

Die Privatisierung von Sozialwohnungen beschränkte sich nicht auf Deutschland, sondern erfolgte auch in den Niederlanden, wo in Amsterdam zahlreiche Sozialwohnungen an deren Mieter:innen veräußert wurden.

Manche Länder, wie Dänemark oder Österreich, konnten sich diesen Trends weitgehend entziehen. In Dänemark blieb ein großer historisch gewachsener und sozialer Wohnungsbestand erhalten. Allerdings nahm auch hier die Zahl der Geringverdiener:innen zu und es entstanden in den städtischen Randzonen stigmatisierte Wohnquartiere. Zugleich wächst in den dänischen Städten die Nachfrage nach günstigen Mietwohnungen. Seit den 2010er-Jahren fördert die dänische Zentralregierung den Bau von kleineren, preiswerten Sozialwohnungen mit maximal 55 Quadratmetern. Zielgruppe sind Einkommensschwache und jüngere Menschen, die ihre erste eigene Wohnung suchen.

In Österreich entfallen rund ein Viertel aller Wohnungen auf den sozialen Wohnungsbestand – ein im EU-Vergleich sehr hoher Wert. Seit Jahrzehnten ist dieser Bestand sozial gemischt und bietet ein hohes Maß an Wohnsicherheit, da die Mietverträge im Regelfall unbefristet sind. Die Schwerpunkte liegen in urbanen Räumen, speziell Wien oder Linz, wo

DER AUTOR:

Harald Stöger ist Senior Lecturer am Institut für Politikwissenschaft und Sozialpolitik mit den Arbeitsschwerpunkten Wohnungspolitik im Vergleich und politische Systeme an der JKU Linz.



Foto © Ulli Engleder

leistungsfähige gemeinnützige Wohnbauträger aktiv sind. Dennoch: Steigende Bau- und Grundkosten sowie sinkende Wohnbauförderbudgets der Bundesländer schränken die Spielräume für den Neubau von Wohnungen ein.

„Steigende Bau- und Grundkosten sowie sinkende Wohnbauförderbudgets der Bundesländer schränken die Spielräume für den Neubau von Wohnungen ein.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte stellt sich die Frage, wie die Bezahlbarkeit des Wohnens verbessert werden könnte.

Eine Möglichkeit sind Baugruppen, die in England in Zentren des Wohnungsangebots verbreitet sind. Sie beruhen auf dem Zusammenschluss von Privatpersonen, die gemeinsam Wohnanlagen planen, errichten (oder sanieren) und verwalten. Die Wohnungen sind häufig flexibel, d.h. die Grundrisse sind anpassbar an neue, veränderte Bedürfnisse, beispielsweise den Wunsch nach zusätz-

lichem Raum für Home-Office; zudem wird großer Wert auf erschwingliche Wohnkosten und Gemeinschaftseinrichtungen gelegt.

In Graz oder Wien entwickelte sich seit den 2010er-Jahren eine Baugruppenszene mit Projekten unter anderem in der Seestadt Aspern oder der Donaustadt. Ein bekanntes Beispiel ist die Baugruppe „Seestern“ in Aspern, die in Kooperation mit einem gemeinnützigen Bauträger Wohnungen für Familien errichtete. Beobachter:innen raten zur Öffnung der Wohnbauförderung für die Projekte von Baugruppen. Wichtig ist die Versorgung mit geeigneten, preiswerten Grundflächen, die sich in Ballungsräumen schwierig gestaltet. Auch die Zusammenarbeit mit (gemeinnützigen) Bauträgern, aufgeschlossenen Architekt:innen und die Unterstützung durch lokale Behörden tragen zum Erfolg von Baugruppen bei.

Der Bau von Billigwohnungen markiert einen in Österreich noch jungen Trend; sie können vergleichsweise rasch und zu niedrigeren Kosten errichtet werden, wobei die Bodenversiegelung gering ausfällt. Sie gelten als Beitrag zur Milderung der Wohnungsnot unter

Geringverdiener:innen und werden in Österreich durch einige Landesregierungen gefördert.

„Die Schaffung von Billigwohnungen birgt die Gefahr, dass stigmatisierte Wohngettos entstehen.“

Internationale Erfahrungen zeigen: Die Schaffung von Billigwohnungen birgt die Gefahr, dass stigmatisierte Wohngettos entstehen, wenn Wohnungen mit geringen Standards in einem Viertel oder Ortsteil errichtet werden. Billigwohnungen sind wenig nachhaltig, da sie später zu hohen Kosten saniert werden müssen. Größe und Ausstattung liegen auf einem niedrigeren Niveau, was Gesundheit, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit negativ beeinflussen kann.

Dieser „Low-Cost“-Wohnbau bedeutet den Einstieg in den Abschied vom sozialen Wohnbau, der auf gute Wohnqualität und erschwingliche Infrastrukturen, gerade auch für Geringverdiener:innen, abzielte. Er markiert einen Bruch mit die-

ser Tradition, die in Österreich seit dem „Roten Wien“ existiert und lange Zeit politischer Konsens war.

Die Zukunft des bezahlbaren Wohnens liegt nicht im „Low-Cost“-Wohnbau, sondern in der Vielfalt von Wohnungsanbietern und (bezahlbaren) Wohnungsangeboten; zugleich ist die

„Die Zukunft des bezahlbaren Wohnens liegt nicht im „Low-Cost“-Wohnbau, sondern in der Vielfalt von Wohnungsanbietern und (bezahlbaren) Wohnungsangeboten.“

Politik in Bund, Ländern und Gemeinden gefordert, bewohner:innengerechte Experimente im preiswerten Wohnbau stärker als in der Vergangenheit zu ermöglichen.

**Vom „Roten Wien“ bis heute:
Der Karl-Marx-Hof erinnert daran,
dass gutes Wohnen eine politische
Entscheidung ist.**



„Leistbares Wohnen ist machbar!“

Die SPÖ setzt alle Hebel in Bewegung, um Wohnen wieder leistbar zu machen. Der Bildungskurier hat mit SPÖ-Vorsitzendem, Vizekanzler und Wohnminister Andi Babler über seine Vision für leistbares Wohnen gesprochen und darüber, warum die SPÖ in der Regierung den Unterschied macht.

Bildungskurier: „Wohnen“ in vielen Facetten ist seit vielen Jahrzehnten eines der politischen Kernthemen der Sozialdemokratie. Warum hast du das Thema jetzt wieder ganz nach oben auf die politische Agenda gesetzt?

Babler: Arbeitnehmer:innen, Familien, Alleinerziehende, Studierende – sie alle spüren: Wohnen ist kein Grundrecht mehr, sondern wird immer mehr zum Luxus. Immer mehr vom Gehalt geht für die Miete drauf. Und gleichzeitig machen Immohaie und private Investoren große Profite. Das darf und wird nicht so weitergehen. Das Thema Wohnen ist immer ganz oben auf der politischen Agenda der Sozialdemokratie – und jetzt ganz besonders, das stimmt schon. Das hat auch einen Grund: Die Teuerung hat ganz Österreich in den letzten Jahren voll getroffen. Die Vorgängerregierung hat die Teuerung durchrauschen lassen und nichts dagegen unternommen. Mieten, Energiekosten und Lebensmittelpreise sind explodiert und unsere Lösungsvorschläge sind lange ungehört verhakt. Jetzt sind wir wieder in der Regierung. Das ist wichtig und gut, weil wir dort eingreifen, wo die Märkte versagen. Wir haben in den ersten acht Monaten in der Regierung mehr gegen die Teuerung gemacht als die letzten beiden Regierungen zusammen.

Bildungskurier: Was wurde für 2025 bzw. die Folgejahre im „geregelten“ Mietbereich fixiert?

Babler: Ich habe in der Regierung, schon wenige Tage nach der Angelobung, einen Mietpreis-Stopp für die geregelten Mieten, etwa Altbauwohnungen, Gemeinde- und ausfinanzierte Genossen-

schaftswohnungen, durchgesetzt. Davon profitieren Millionen Mieter:innen in ganz Österreich – ihnen bleiben einige hundert Euro mehr im Börsel. Und 2026 und 2027 gibt es einen Mietpreisdeckel für Mieten im Altbau und in Gemeindewohnungen.

„Vom Mietpreis-Stopp profitieren Millionen Mieter:innen in ganz Österreich – ihnen bleiben einige hundert Euro mehr.“

Bildungskurier: Und was wird bei Wohnungen im „freien“ – also ungeregelten – Mietbereich geschehen?

Babler: Da ist uns Sozialdemokrat:innen etwas ganz Besonderes und Historisches gelungen: Erstmals in der Geschichte greifen wir mit der Mietpreisbremse in die sogenannten freien Mieten ein. Damit schützen wir Mieter:innen auch in Neubauwohnungen. Preisexplosionen wie in den vergangenen Jahren gibt es mit der Mietpreisbremse nie wieder. Und mit der Verlängerung der Mindestbefristung von Mietverträgen von drei auf fünf Jahre haben wir einen weiteren Meilenstein durchgesetzt. Die Mieter:innen haben mehr Sicherheit und ersparen sich Umzugskosten.

Bildungskurier: Gibt es neben den Eingriffen bei den Mieterhöhungen weitere Adaptierungen im Wohnbereich?

Babler: Ja, der Mietpreis-Stopp und die Mietpreisbremse waren erst der Anfang.

IM INTERVIEW



Foto © BKA/Andy Wenzel

Andreas Babler

ist SP-Bundesvorsitzender, Vizekanzler und Wohnminister.

Auch faires und klimafittes Wohnen wird bei uns großgeschrieben: Für Sanierungen von Mietshäusern und die Instandsetzung des Familien-Eigenheims stehen bis 2030 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist gut für die Umwelt und senkt die Energiekosten. Darüber hinaus haben wir noch viele gute Ideen, für die ich werbe und um Mehrheiten kämpfe. Ein Beispiel ist der Mietwucher, damit muss endlich Schluss sein!

Bildungskurier: Wie willst du Mietwucher bekämpfen?

Babler: Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Geschäftsfeld für Abzocker sein. Viele Mieter:innen müssen jeden Euro zweimal umdrehen und gleichzeitig steigern Vermieter:innen ihren Profit immer weiter. Wer Gesetze bricht und mehr

Miete verlangt als erlaubt, soll Strafe zahlen. Und diese Zahlungen wollen wir für leistbaren Wohnraum verwenden. Das haben wir auch einstimmig bei unserem

„Wohnen ist ein Grundrecht und darf kein Geschäftsfeld für Abzocker sein. Wer Gesetze bricht und mehr Miete verlangt als erlaubt, soll Strafe zahlen.“

SPÖ-Themenrat im Oktober beschlossen – und nicht nur das, sondern eine ganze Resolution voller Ideen, die das Wohnen leistbar machen.

Bildungskurier: Welche Ideen sind das zum Beispiel?

Babler: Wir wollen die Betriebskosten fair zwischen Vermieter:innen und Mieter:innen aufteilen, Lagezuschläge transparenter und günstiger machen und den sozialen Wohnungsbau stärken. Und wir sagen ausfernden touristischen Vermietungen den Kampf an, besonders in Regionen, in denen der Wohnraum eh schon knapp ist.

Bildungskurier: Wie willst du junge Familien, die von einem Eigenheim träumen, unterstützen?

Babler: Damit der Traum vom Eigenheim wieder gelebt werden kann, schlagen wir vor, dass eigene Wohnbaufinanzierungsinstitute günstige Kredite für junge Familien beim Kauf des ersten Eigenheims vergeben sollen. Außerdem sollen die Banken die Pfandrechtseintragungsgebühr von 1,2 Prozent selbst tragen müssen. Bei einem Darlehen von 360.000 Euro ersparen sich die Menschen allein dadurch 4.320 Euro.

Bildungskurier: Sowohl die Volkspartei als auch die Neos haben sich in der Vergangenheit nicht als besondere „Mieter:innenschützer“ hervogetan. Wie ist es gelungen, diese Mieter:innenschutzmaßnahmen in der Regierungskoalition durchzusetzen?

Babler: Die SPÖ steht felsenfest auf Seite der Mieter:innen. Wir haben daher hart verhandelt und viel Überzeugungsarbeit geleistet. Wir sind der Motor in der Regierung im Kampf gegen die Teuerung – beim Wohnen, bei den Energiekosten und bei den Lebensmittelpreisen. Wir haben das Thema Teuerung auf die Agenda

„DEIN ZUHAUSE, UNSER AUFTRAG“

Unter [spoe.at/wohnen](#) findest du alle Infos zur SPÖ-Wohnkampagne und zur Resolution „Dein Zuhause, unser Auftrag“.

der Regierung gesetzt. Und wir bleiben dran. Fakt ist, dass ohne uns nichts passiert wäre im Kampf gegen die Teuerung. Es war bis vor kurzem ja noch unvorstellbar, dass in den freien Mietmarkt eingegriffen wird. Deswegen sag ich es nochmals: Es ist gut, dass wir in der Regierung sind. Die SPÖ macht den Unterschied – fürs Geldbörsel der Menschen, für die Umwelt und für die Wirtschaft. Unsere ganze Bewegung kämpft für leistbare Leben und Wohnen – das zeigen wir auch mit unserer österreichweiten Kampagne unter dem Titel „Dein Zuhause, unser Auftrag.“

Andi Babler setzt sich mit der neuen SPÖ-Kampagne „Dein Zuhause, unser Auftrag“ lautstark für leistbaren Wohnraum ein.



Foto © SPÖ-Vlajnić

„Bauen, bauen, bauen“ – WohnBAUpolitik für Oberösterreich

Faktencheck zeigt: Während tausende Oberösterreicher:innen auf eine geförderte Wohnung warten, bleiben Millionen an Wohnbaumitteln ungenutzt.

PETER BINDER

Vor kurzer Zeit warf der neue Vorsitzende der SPÖ OÖ, Landesrat Martin Winkler, dem freiheitlichen Wohnbaureferenten in der Landesregierung, Manfred Haimbuchner, vor, finanzielle Mittel einer „Wohnbaumilliard“ des Bundes nicht abzuholen. Dieser konterte, Oberösterreich sei aufgrund eines kontinuierlichen Wohnbauprogramms ohnedies Spitzenreiter in Österreich und werde außerdem durch die Kriterien des Bundes benachteiligt. Ein guter Zeitpunkt also, sich damit auseinanderzusetzen, wie es ums Wohnen in Oberösterreich bestellt ist.

Statistische Einordnungen

Mehr als 1,5 Millionen Menschen leben aktuell in Oberösterreich, aufgeteilt auf gut 660.000 Haushalte, davon bereits rund 36 Prozent Ein-Personen-Haushalte. Sowohl die Bevölkerung als auch der Anteil der Ein-Personen-Haushalte wachsen in unserem Bundesland kontinuierlich, was natürlich eine Herausforderung für die Wohnbaupolitik darstellt. Rund 423.000 Gebäude zählt unser Bundesland, in denen mehr als 770.000 Wohnungen untergebracht sind. Dabei leben die Oberösterreicher:innen immer noch mehrheitlich im Eigentum: fast 44 Prozent geben an, im eigenen Haus zu wohnen, rund neun Prozent verfügen über Wohnungseigentum, mehr als ein Drittel wohnt zur Hauptmiete (Quelle: Statistik Austria, Land Oberösterreich).

Eine besondere Rolle beim Vermieten kommt in Oberösterreich den Gemeinnützigen Bauvereinigungen zu. Sie unterliegen dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) und haben dadurch u.a. besonders strenge Regeln für die Mietpreisbildung. Rund 190.000

Wohneinheiten werden in Oberösterreich von den Gemeinnützigen betreut, sie sorgen dafür, dass sich die Mietkosten in Oberösterreich in der Vergangenheit stabiler als anderswo entwickelt haben. Freilich kann auch das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wohnkosten in den letzten Jahren auch in Oberösterreich immer mehr zu den großen Alltagssorgen der Menschen geworden sind.

Sozialdemokratische Wohnpolitik

Für die Sozialdemokratie ist Wohnen ein Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sozialdemo-

„Für die Sozialdemokratie ist Wohnen ein Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

kratische Wohnpolitik verfolgt daher das Ziel, durch die soziale Beeinflussung von Marktmechanismen bezahlbaren Wohnraum und damit eine der wesentlichen Grundlagen für soziale Teilhabe zu sichern. Dazu nutzen wir mehrere Wege: mit Hilfe der Gemeinnützigen Bauvereinigungen stellen wir ein ausreichend stark gefördertes und reglementiertes Angebot am Wohnungsmarkt zur Verfügung, wodurch die Preisbildung auf diesem Markt kostendämpfend beeinflusst wird. Die Wohnbauförderung ermöglicht natürlich auch Eigentumsbildung, etwa für klassische „Häuslbauer“, die Wohnbeihilfe wiederum ist eine individuelle Subjektförderung, um beim zu großen

DER AUTOR:

Peter Binder

ist seit 2017 Vorsitzender der Mietervereinigung Oberösterreich und seit 2021 Wohnbausprecher der SPÖ im oberösterreichischen Landtag.



Foto: Volker Weißbold

Auseinanderklaffen von Einkommen und Wohnkosten zu unterstützen. Insbesondere die jetzige Bundesregierung mit Wohnminister und Vizekanzler Andreas Babler setzt stärker auf reglementierende Markteingriffe, etwa mit einer Mietpreisbremse.

„Insbesondere die jetzige Bundesregierung mit Wohnminister und Vizekanzler Andreas Babler setzt stärker auf reglementierende Markteingriffe, etwa mit einer Mietpreisbremse.“

Neben der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum ist sozialdemokratischer Wohnpolitik auch die soziale Durchmischung in Ballungsräumen ein besonderes Anliegen. Deshalb zielen wir bei Wohnbau und Stadtentwicklung darauf ab, soziale Segregation („Ghettobildung“) zu vermeiden und vielfältige, inklusive Stadtquartiere zu schaffen. Dass österreichischen, speziell sozialdemokratisch regierten Städ-

ten Konflikte wie in anderen größeren Kommunen (etwa in den französischen Banlieues) noch erspart geblieben sind, hängt unter anderem mit dieser Politik zusammen.

Nachhaltigkeit und Klimawandel sind in den vergangenen Jahrzehnten zu weiteren Schwerpunkten sozialdemokratischer Wohnbaupolitik geworden. Der bislang letzte sozialdemokratische Wohnbaureferent in der oberösterreichischen Landesregierung, Hermann Kepplinger, hat hier im Hinblick auf die ökologische Transformation oder etwa bei der Barrierefreiheit besondere Standards gesetzt, die von seinem freiheitlichen Nachfolger größtenteils wieder zurückgenommen wurden. Damit wurde das Bauen in Oberösterreich zwar wieder billiger, inwieweit uns diese niedrigeren Standards in der Zukunft einholen und möglicherweise teure Nachrüstbedarfe nach sich ziehen werden, wird sich weisen.

„Bauen, bauen, bauen“

Das bringt mich zurück zur eingangs erwähnten Auseinandersetzung zwischen dem SPÖ-Vorsitzenden Landesrat Martin Winkler und dem freiheitlichen Wohnbaureferenten Manfred Haimbuchner. Noch die Vorgänger-

regierung der jetzigen Bundesregierung hat ein Wohnbaupaket ausgeschrieben, mit dem eine Milliarde Euro für den Wohnbau zur Verfügung gestellt wurde. Davon wären rund 160 Millionen Euro für Oberösterreich zur Verfügung gestanden. Martin Winkler kritisiert, dass diese Mittel nicht für den Wohnbau in Oberösterreich abgeholt würden. Dadurch würde man wertvolles Geld der Bauwirtschaft vorenthalten, die es zur Ankurbelung der Konjunktur dringend bräuchte, und die Mietpreise am Markt würden dadurch weniger gebremst werden, als möglich. Haimbuchner kontert, aufgrund einer kontinuierlichen Bauleistung von rund 2.000 Mietwohnungen jährlich wäre ein Abrufen dieses Geldes gar nicht möglich, da es nur für zusätzliche Wohneinheiten zur Verfügung stehen würde, und das sei weder bedarfsorientiert noch machbar. Dem kann leicht widersprochen werden: Baufirmen und Gemeinden stünden bereit, diese zusätzliche Bauleistung im von der Bundesregierung vorgesehenen Zeitraum auf den Boden zu bringen. Der Bedarf ist dabei jedenfalls gegeben: Allein im Vorjahr ist die Zahl der bei den Gemeinnützigen Bauvereinigungen als wohnungssuchend angemeldeten Haushalte um zehn Prozent auf über

57.000 gestiegen – das betrifft mehr als 100.000 Menschen, die eine geförderte Mietwohnung dringend brauchen wür-

„Allein im Vorjahr ist die Zahl der bei den Gemeinnützigen Bauvereinigungen als wohnungssuchend angemeldeten Haushalte um zehn Prozent auf über 57.000 gestiegen.“

den. Martin Winkler behält also wohl recht: Für die Konjunktur und die Sicherung des Wohnbedarfs heißt es „bauen, bauen, bauen“.

Steigende Mieten und wachsender Wohnungsbedarf – die SPÖ OÖ warnt vor versäumten Chancen im geförderten Wohnbau in Oberösterreich.



Leistbares Wohnen für alle!

Wohnen darf kein Luxusgut sein, keine x-beliebige Ware und kein Gut, bei dem reiche Menschen entscheiden dürfen, ob wir Zugang zu Wohnraum haben oder nicht. Gerade für junge Menschen ist jedoch der Auszug aus dem Elternhaus unleistbar geworden.

MARKUS BRUNNER

Wohnen ist ein Menschenrecht. Das heißt nicht nur, dass wir alle Zugang zu Wohnraum haben müssen, sondern auch, dass dieser adäquat und leistbar sein muss. Eine 50-Quadratmeter-Wohnung für eine alleinerziehende Mutter oder die 3-Zimmer-Wohnung für drei Student:innen sind vielleicht gerade noch

„Wir alle brauchen einen Rückzugsort, Möglichkeiten zum Erholen, Entspannen, Lernen oder Arbeiten.“

leistbar – aber auf keinen Fall adäquat und angemessen. Wir alle brauchen einen Rückzugsort, Möglichkeiten zum Erholen, Entspannen, Lernen oder Arbeiten.

Spekulanten in die Schranken – Leerstand bekämpfen

In Österreich wird nicht zu wenig gebaut oder mangelt es an grundsätz-

Leistbares Wohnen ist ein Thema, das alle roten Jugendorganisationen laufend beschäftigt. So gibt es unter anderem eine große Kampagne der SJ OÖ unter dem Motto „Keine Profite mit der Miete!“.



lichem Wohnraum. Der Wohnraum ist nur in den falschen Händen. Ein großer Teil der Wohnungen in Österreich ist in privaten Händen. Das Problem ist nicht nur, dass diese um ein Vielfaches teurer als Genossenschafts- und Gemeindebauwohnungen sind. Sie werden oft gar nicht vermietet und nur zur Spekulation verwendet.

So liegt in Linz bei 8,1 Prozent der 121.000 Wohnungen aktuell keine Meldung eines Haupt- oder Nebenwohnsitzes vor. Dieser Leerstand treibt die Preise für die übrigen Wohnungen in die Höhe und sorgt für eine „Knappheit“ am Wohnungsmarkt, die gar nicht existiert.

Damit diese Wohnungen nicht endlos leer stehen, braucht es eine Abgabe auf leerstehende Wohnungen und die Möglichkeit, nach fünf Jahren Leerstand die Wohnung in öffentliches Eigentum zu überführen. Spekulanten werden dadurch gezwungen, den Wohnraum zu vermieten und für uns alle steht mehr Wohnraum zur Verfügung.

Her mit dem Mietendeckel!

Während die Löhne und Gehälter in den letzten Jahren kaum angestiegen sind, wird das Leben immer teurer. Gerade die monatliche Miete frisst immer mehr Geld und wird für viele zunehmend zum Problem.

Daher ist die Umsetzung eines Mietendeckels, vor allem auch im privaten Sektor essenziell. Dieser schreibt für Mietwohnungen eine Preisobergrenze pro Quadratmeter vor. So wird es Immobilienhaien nicht mehr möglich sein, die Preise ins Unermessliche zu treiben.

DER AUTOR:

Markus Brunner
ist Landessekretär der Sozialistischen Jugend Oberösterreich.



Foto © McCann

„Gerade die monatliche Miete frisst immer mehr Geld und wird für viele zunehmend zum Problem.“

5x5-Wohnungen

Aus dem Elternhaus ausziehen wird für junge Menschen zunehmend schwieriger. Der Wohnungsmarkt nimmt keine Rücksicht auf die persönliche Situation oder auf das Einkommen. Gerade die erste Wohnung ist für viele Menschen eine teure Angelegenheit. Die Kaution oder Einrichtungsgegenstände sind ohne finanzielle Unterstützung oft nicht leistbar.

„Hierbei können Konzepte wie die 5x5-Jugendstartwohnungen Abhilfe schaffen.“

Hierbei können Konzepte wie die 5x5-Jugendstartwohnungen Abhilfe schaffen. Die ersten fünf Jahre darf der Quadratmeter nicht mehr als 5 Euro kosten. So wird selbst die schöne 70-Quadratmeter-Wohnung am Stadtrand für gerade einmal 350 Euro leistbar. Danach soll man natürlich nicht zum Ausziehen gezwungen werden, sondern die Wohnung mit neuem Mietvertrag übernehmen dürfen.

Vom Schutzraum zum Neuanfang – wie Wohnen Frauen stark macht

In den Frauenhäusern in Oberösterreich zeigt sich, wie eng Schutz, Wohnen und ein selbstbestimmtes, gewaltfreies Leben miteinander verknüpft sind. Frauenhäuser bieten Frauen und ihren Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, nicht nur Schutz und Sicherheit, sondern machen deutlich, dass Wohnen weit mehr ist als nur ein sicherer Ort.

KARIN RAAB

Als Rebecca* eines Nachts mit ihren zwei Kindern das Haus verlässt, hat sie nur eine Tasche dabei. „Ich wusste nicht, wohin ich soll“, erzählt sie später. Über die Polizei findet sie den Weg in ein Frauenhaus in Oberösterreich. Dort kann sie erstmals seit Monaten wieder durchatmen. Ihre Geschichte steht stellvertretend für viele Frauen, die in einem Frauenhaus Zuflucht finden.

„Die meisten Gewalttaten geschehen im häuslichen Umfeld.“

Der Satz „Die eigenen vier Wände sind der gefährlichste Ort für Frauen“ beschreibt eine traurige Realität. Die meisten Gewalttaten geschehen im häuslichen Umfeld. Sicheres Wohnen heißt mehr, als ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern frei entscheiden zu können, wer Zutritt hat und wie man leben möchte. Sicheres Wohnen ist die Basis für ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben in Sicherheit und Voraussetzung für einen Neuanfang.

Oberösterreich verfügt über sechs Frauenhäuser in größeren Städten, deren Adressen aus Sicherheitsgründen geheim bleiben. Im Frauenhaus erwartet Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, ein vorübergehender, sicherer Wohnplatz, Beratung bei rechtlichen und existenziellen Fragen sowie psychosoziale Begleitung durch Sozialarbeiterinnen und Pädagoginnen. Hier können sie zur Ruhe kommen und ihr Leben neu ordnen.

Die Wünsche der Bewohnerinnen ähneln sich: Sicherheit, Stabilität und Eigenständigkeit. Wohnen spielt dabei eine zentrale Rolle. Eine eigene Wohnung ist der Schlüssel zum Neuanfang. Erst wenn Frauen wissen, wo sie bleiben können, können sie wirklich planen. Doch bezahlbarer Wohnraum ist knapp, und die Zugangsvoraussetzungen für geförderte Wohnungen stellen oft eine große Hürde dar. Es kann Monate dauern, bis eine passende Wohnung gefunden ist. Auch bei Mutter-Kind-Häusern oder Einrichtungen für psychisch belastete Frauen gibt es lange Wartelisten.

Damit der Weg in die Selbstständigkeit gelingt, braucht es, neben einem geregelten Einkommen, eine gute Zusammenarbeit mit Gemeinden, Wohnbauträgern und sozialen Einrichtungen. Leistbare Mieten, Zuschüsse für Kautiosen und Einrichtungsgegenstände sind entscheidend. Das Schaffen von regionalen, einfach zugänglichen und leistbaren Wohnkontingenten für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder ist eine mögliche, wirkungsvolle Lösung.

Abhängigkeiten sind ein zentrales Merkmal von Gewaltbeziehungen und der Grund, warum diese oft über Jahre andauern. Eine eigene Wohnung für Frauen und Kinder ist daher eine der wichtigsten und nachhaltigsten Schutzmaßnahmen.

*Name geändert

DIE AUTORIN:

Karin Raab

ist Sozialpädagogin und Absolventin der FH für Sozialmanagement und seit drei Jahren Geschäftsführerin des Frauenhauses Linz. Sie verfügt über eine umfassende Expertise im Bereich Frauen- und Gewaltschutz.



Foto © McCann

FRAUENHELPPLINE

Frauenhelpline gegen Gewalt
kostenlos – anonym – vertraulich
0800/222 555
frauenhelpline.at

Frauenhäuser bieten Schutz – und eröffnen Perspektiven für ein neues Leben in Sicherheit.



Wo Mieter:innen der Schuh drückt

Steigende Wohnkosten belasten viele Menschen. Die Mietervereinigung unterstützt mit fachkundiger Beratung und erkämpft erfolgreich Rückforderungen bei überhöhter Abrechnung für ihre Mitglieder.

NICOLE HAGER-WILDENROTTER

Die Mietervereinigung ist ein eigenständiger Verein und bietet ihren Mitgliedern eine Vielzahl von Beratungsmöglichkeiten. Dazu gehört die Rechtsberatung in allen Miet- und Wohnrechtsfragen, die Durchsicht von Mietverträgen, die Überprüfung von Betriebs- und Heizkostenabrechnungen und – wenn überhöhte Abrechnungen festgestellt werden – die Rückforderung überhöhter Mietzinse, Betriebs- und Heizkosten sowie – bei Wohnungsübergaben – verbotener Ablösen bzw. zu Unrecht einbehaltener Kauionen.

In drei Jahren rund eine Million Euro erstritten

In Oberösterreich besteht das Team aus zwei Juristinnen und einem Juristen, die pro Jahr mehr als 10.000 Beratungen durchführen. Mit Erfolg: In den vergangenen drei Jahren konnte für die Mitglieder in Summe ein Betrag von beinahe einer Million Euro erstritten werden.

In diesen drei Jahren sind die Mieten durchschnittlich um knapp 25 Prozent ge-

Die Mietervereinigung steht Mieter:innen mit Rat und Tat zur Seite – von der Vertragsprüfung bis zur Rückforderung überhöhter Kosten.

„In den vergangenen drei Jahren konnte für die Mitglieder in Summe ein Betrag von beinahe einer Million Euro erstritten werden.“

stiegen. Aufgrund dieser Teuerungsrate nahmen die Beratungen und Überprüfungen bei Mietzinserhöhungen besonders viel Zeit in Anspruch. Die auf Bundesebene beschlossene Mietpreisbremse ist aufgrund der Erfahrungen der vergangenen drei Jahren sicher ein wichtiger Schritt im Interesse der Mieter:innen.

„Die Überprüfung der Heiz- und Betriebskostenabrechnungen ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit der Mietervereinigung.“

Heiz- und Betriebskosten als großer Preistreiber

Die Überprüfung der Heiz- und Betriebskostenabrechnungen ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der Arbeit der Mietervereinigung. 2024 waren Kostensteigerungen von rund 20 Prozent und höher (vor allem bei den Heizkosten, mit Ausreißern bis hin zum Dreifachen!) keine Seltenheit. Die Prüfung durch die Mietervereinigung zahlt sich jedenfalls aus: So

DIE AUTORIN:

Nicole Hager-Wildenrotter ist Juristin und Landesgeschäfts-führerin der Mietervereinigung Oberösterreich.



Foto © McCann

konnte in einem konkreten Fall eine monatliche Vorschreibung für Heizkosten aufgrund einer falschen Abrechnung von 497,44 Euro für eine 75-Quadratmeter-große Wohnung auf 91,60 Euro reduziert werden. In einem anderen Fall wurden für eine 100-Quadratmeter-große Wohnung für drei Jahre eine Betriebskosten-nachzahlung von über 10.000 Euro gefordert, die nach dem Einschreiten der Mietervereinigung um über 7.000 Euro reduziert wurde.

Mietrecht vereinheitlichen, Betriebskosten entrümpeln

Die Komplexität unseres Mietrechts, der undurchsichtige Betriebskostenkatalog und die nach wie vor steigenden Energiepreise sind die Hauptursachen für wachsende Wohnkosten, die den Menschen immer mehr Sorge bereiten. Bei manchen Betriebskosten ist es nach wie vor ohnedies nicht nachvollziehbar, warum sie an Mieter:innen weiterverrechnet werden dürfen. Zu hohe Mietpreisanpassungen oder nicht korrekte Betriebskostennachforderungen können dabei selbst dem wohlwollendsten Vermieter passieren. Die Überprüfung von Mietzinserhöhungen sowie von Heiz- und Betriebskosten-abrechnungen macht daher jedenfalls Sinn, und der Mitgliedsbeitrag, den die Mietervereinigung für ihre Leistungen verlangen muss, rechnet sich in vielen Fällen von selbst.



Personalveränderungen im Renner Institut OÖ

Im Renner Institut Oberösterreich bzw. im Bildungssekretariat hat sich in den vergangenen Monaten einiges getan: Mehrere personelle Veränderungen prägen derzeit das Team – verbunden mit neuen Aufgaben, neuen Gesichtern und viel frischem Elan.

Die bisherige Landesbildungsgeschäftsführerin Nicole Trudenberger wurde – wie bereits öffentlich bekannt – zur Landesparteigeschäftsführerin bestellt. Der Bildungskurier gratuliert sehr herzlich zu dieser wichtigen neuen Aufgabe!

Nach einer öffentlichen Ausschreibung und einem mehrstufigen Hearingverfahren wurde Sylvia Wolkerstorfer zur neuen Landesstellenleiterin des Renner Instituts Oberösterreich bestellt. Auch ihr gilt unsere herzliche Gratulation!

Sylvia Wolkerstorfer, gebürtig aus Hofkirchen im Mühlkreis, bringt langjährige Erfahrung in der Organisation und Durchführung von Bildungsveranstaltungen sowie in der Erwachsenenbildung mit. Sie studierte Sozialwirtschaft und Soziologie und war zuletzt als sozialwissenschaftliche Mitarbeiterin an der Johannes Kepler Universität Linz tätig. Vor dem Hintergrund sozial-



Foto © Schoengruber

(v.l.n.r.) **Julia Schiefer, Nicole Trudenberger, Sylvia Wolkerstorfer, Bernd Dobesberger.**

demokratischer Werte engagiert sie sich auch in ihrer Freizeit in gesellschaftlichen Fragen und im Ehrenamt. Sie lebt mit ihrer Familie in Linz-Urfahr.

Darüber hinaus gab es auch im Bildungssekretariat einige Veränderungen: Iris Kwapil, die bisher die organisatorischen Bildungsagenden betreute, wurde im Oktober Mutter! Ihre interimistische Nachfolgerin, Sophie Vonmetz, ist ebenfalls in Mutterschutz gegangen – beiden alles Gute! Die Aufgaben im Bildungssekretariat werden nun von Julia Schiefer übernommen. Dem gesamten Team

herzlichen Dank an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit in dieser doch rechtfordernden Zeit. Wir sind überzeugt, dass diese Übergänge der Qualität und Kontinuität der Bildungsarbeit keinen Abbruch tun werden.

Sylvia Wolkerstorfer und ihr engagiertes Team werden auch weiterhin die bewährten Bildungsformate begleiten, fördern und weiterentwickeln. Für das Frühjahr 2026 sind neue, spannende Weiterbildungsangebote geplant – auch in Form von niederschwelligen Online-Formaten –, um Bildung noch breiter zugänglich zu machen. Wir werden selbstverständlich weiterhin in unserem Newsletter und auf Social Media über unsere kommenden Bildungsangebote informieren.

Wir freuen uns über den personellen Nachwuchs auf mehreren Ebenen – und auf eine weiterhin gute, erfolgreiche Zusammenarbeit im gesamten Bildungsteam!



Foto © Schoengruber

Gemeindevertreter:innenverband OÖ

GVV Round Table zum Thema „Gemein- nütziger Wohnbau“

Am 21. Oktober 2025 lud der GVV Oberösterreich zum Round Table nach Linz ein. Im Mittelpunkt stand das Thema „Gemeinnütziger Wohnbau“ – eines der drängendsten Themen unserer Zeit, wenn es um ein leistbares Leben und soziale Gerechtigkeit geht.

Am Podium diskutierten Robert Oberleitner (Geschäftsführer Neue Heimat und Obmann der Gemeinnützigen Bauvereinigungen OÖ), Christian Makor-Winkelbauer (Obmann Familien-Linz) sowie Philipp Gerhartinger (AK Oberösterreich). Sie beleuchteten, wie der gemeinnützige Wohnbau als Garant für faire



Foto © GVV OÖ

v. l. n. r.: Christian Makor-Winkelbauer, Robert Oberleitner,
Nicole Trudenberger, Philipp Gerhartinger, Lukas Russ

Mieten und nachhaltige Ortsentwicklung auch in ländlichen Gemeinden wirken kann. Die anwesenden Bürgermeister:innen und Gemeinde-vertreter:innen konnten sich aktiv zum Thema austauschen und Fragen an das hochkarätige Podium stellen. Auch die Landesgeschäftsführerin der SPÖ OÖ, Nicole Trudenberger, beeindruckte den Round Table. Der Abend endete mit einem gemütlichen Ausklang bei Buffet und Getränken.

Junge Generation in der SPÖ OÖ

JG kämpft für leistbares Wohnen

Am 18. Oktober traf sich die SPÖ in Wien zum Themenrat unter dem Motto „Dein Zuhause, unser Auftrag“. Die Junge Generation OÖ war mit voller Energie mit dabei. Gemeinsam haben wir eine bedeutende Resolution zum Thema Wohnen einstimmig beschlossen. Darin heißt es, dass Wohnen ein Grundrecht ist, Mieten nicht weiter explodieren dürfen und im ungeregelten Markt endlich Maßnahmen gegen Mietwucher greifen müssen.

Für uns als JG OÖ ist dieses Thema absolut zentral. Denn auch bei uns in Oberösterreich steigen die Wohnkosten rasant, während der zuständige Landesrat Manfred Haimbuchner bislang keinen Finger gekrümmmt hat. Wir sagen: Das reicht nicht! Wir kämpfen für leistbares Wohnen, vor allem für junge Menschen, die sonst keine Perspektive haben, sich ein gutes Leben aufzubauen.



Foto © JG OÖ_ Thomas Antlinger

Voller Energie zeigt sich die JG OÖ
beim Themenrat im „Stage 3“ in Wien.

Wir stehen dafür ein, dass Wohnen in OÖ bezahlbar, langfristig sicher und für alle erreichbar wird. Und wir lassen nicht locker, bis dieser Anspruch Realität ist.

Sozialistische Jugend OÖ

Bildungswerkstatt 2025

Die Bildungswerkstatt ist mit über 300 Personen das größte Seminar der Sozialistischen Jugend Österreich. An vier Tagen und in 15 Workshops können sich die Teilnehmer:innen zu den verschiedensten Themen weiterbilden und Soft Skills erlernen. Auch dieses Jahr steht wieder unter dem Motto „Änderne die Welt – Sie braucht es!“. Denn nur, wenn wir uns weiterbilden und uns politische Strategien überlegen, können wir gemeinsam die Welt verändern. Nach und zwischen den Workshops gibt es spannende Diskussionen, viele Vernetzungsmöglichkeiten und natürlich auch Partys. Weiters befindet sich die Jugendherberge direkt am wunderschönen Wörthersee inkl. Hallenbad.

Auch dieses Jahr wird es wieder die Möglichkeit geben gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend Oberösterreich von Linz aus gemeinsam mit dem Bus an- und abzureisen.

BILDUNGSWERKSTATT 2025

Wann: 5. bis 8. Dezember 2025

Wo: Cap Wörth, Velden am Wörthersee in Kärnten

Anmeldung: www.sjoe.at/biwe25

Kontaktdaten: office@sj-ooe.at oder 0664/1438409

Die Bildungswerkstatt ist mit über 300 Personen aus ganz Österreich das größte Seminar der Sozialistischen Jugend.



Foto © SJ Österreich

SPÖ Frauen OÖ

SAFE ABORTION DAY

Am 28. September ist der Internationale Safe Abortion Day. An diesem Tag fordern die SPÖ Frauen Oberösterreich einmal mehr den Zugang zu einem sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch.

Niemand darf gezwungen sein, unsichere Wege zu gehen. Jede Frau muss selbstbestimmt und ohne Angst über den eigenen Körper entscheiden können – unabhängig von Einkommen, Wohnort oder Herkunft.

Die SPÖ Frauen Oberösterreich sind Teil des Bündnisses 28. September. Gemeinsam mit anderen Bündnispartner:innen wurde die "Safe Abortion Week" gestaltet. Von szenischen Lesungen über gemeinsame Sprühkreideaktionen bis hin zu einem Benefizabend war es ein buntes Programm für den sicheren Zugang zum Schwangerschaftsabbruch. Eines der Highlights war die Prozession Hl. Abortia mit Perchta* Kollektiv Linz, M.C. Monster* und den Trommlerinnen des Vereins maiz.

Mit den Aktionen und Veranstaltungen wurde Aufmerksamkeit erregt und über die medizinischen und juristischen Gegebenheiten des Schwangerschaftsabbruchs in Österreich informiert.



Foto © Bündnis 28. September OÖ

Prozession "Hl. Abortia" zum Safe Abortion Day in Linz.

Gemeinsam als Bündnis setzen wir uns dafür ein, dass reproduktive Rechte nicht infrage gestellt, sondern gestärkt werden.

Die SPÖ Frauen Oberösterreich kämpfen für:

- Sichere medizinische Versorgung.
- Aufklärung und Beratung ohne Stigmatisierung.
- Echte Gleichstellung und Selbstbestimmung.

**Gedenkinitiative
KZ-Außenlager St. Aegyd/Neuwalde**

Marie Jahoda: „... den Tatbestand leugnen, nicht die Gesinnung“

Die österreichische Sozialwissenschaftlerin Marie Jahoda (1907–2001) saß 1936/37 neun Monate in Haft. Ihr Verbrechen war, als revolutionäre Sozialistin die Diktatur des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes bekämpft zu haben. Bei den Verhören und vor Gericht hielt sich Jahoda strikt an eine Regel der konspirativen Untergrundarbeit: Gib nur zu, was nicht mehr bestritten werden kann, und belaste andere nicht.

Maria Hofstätter liest Marie Jahoda

Die Gedenkinitiative KZ-Außenlager St. Aegyd/Neuwalde lädt am 27. November zur Lesung aus „Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft“. Die renommierte Schauspielerin Maria Hofstätter lebt Marie Jahoda dabei ihre Stimme. Andreas Kranebitter, Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, und Meinrad Ziegler, Mitherausgeber der Edition Jahoda, erläutern historische Zusammenhänge. Inga Lynch begleitet den Abend musikalisch.



Foto © BYGA

Maria Hofstätter liest Marie Jahoda, hier direkt nach ihrer Entlassung aus der Haft 1937.

LESUNG MIT MUSIK

„Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft“

Wann: 27. November 2025, 19 Uhr

Wo: Festsaal St. Aegyd, Hauptstraße 28

Eintritt: Freie Spende

Veranstalter: Gedenkinitiative
KZ-Außenlager St. Aegyd/Neuwalde

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



**MIT BILDUNG
ZUKUNFT
GESTALTEN**



**Das Bildungsprogramm 2025/26 ist da!
Jetzt reinschauen und gleich anmelden**